

SPEZIALDEBATTEN

ÖVP

Gemeinderat Mag. Klaus FRÖLICH

Herr Bürgermeister, Frau Bürgermeisterstellvertreterin, geschätzte Mitglieder des Stadtsenates, hoher Gemeinderat, meine Damen und Herren! Frau Stadträtin außer Dienst, wenn Sie da sind, darf ich Sie auch extra begrüßen. Wir haben heute schon gehört, zweimal ist es angeklungen, diesen stehenden Satz, den wir kennen, ein Budget ist in Zahlen gegossene Politik. Ich möchte mit ein paar Bemerkungen Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, warum das auch nicht so sein könnte. Das hat sicher auch damit zu tun, dass ich diesen Budgetprozess begleiten durfte in den Gesprächen, in den koalitionären, und gesehen habe, was da geleistet wurde. Ich denke, dieser Ausdruck „gegossen“ steht für Starrheit, für Wiederholendes, für zwanghaft Weisungsgebundenes und das alles muss ein Budget nicht sein. Ein Budget soll Rahmen sein, kann Handlungsanleitung sein und kann durchaus sein ein Auslöser für permanentes Selbstgestalten, ein Auslöser für einen Zwang zu Innovation bei allen Betroffenen. Herr Kollege Haßler, ich darf Sie da gleich erwähnen, Sie haben über das Personal gesprochen, über die Mitarbeiter, ich sehe schon ein, dass man im Zuge einer Budgetdebatte natürlich über die Personalkosten als Summe der einzelnen Gehälter und Bezüge der einzelnen Mitarbeiter immer wieder spricht, das kommt sehr oft vor, dahinter stehen Menschen, das ist uns allen bewusst und ich gehe jetzt auch auf diese Betroffenen ein, denn wir leben heute in einem Wandel, den wir auch mitgestalten dürfen von einer Industrie- zu einer Wissensgesellschaft, und da nehme ich alle Mitarbeiter mit herein. Eine Wissensgesellschaft, die letztlich bei der Erfüllung des Budgetrahmens und bei dem Erfüllen und dem Leben dieser Handlungsanleitung bedeutet, dass von jedem Einzelnen Kreativität und Beharrlichkeit gefordert ist. Ich halte das für so enorm wichtig, weil in diesem Hause viele große Reformprozesse im Gange sind, angegangen sind, in den vergangenen Jahren Reformprojekte gemacht wurden und das ist ein Prozess, der im Laufen ist. Wir wissen alle, das brauchen wir nicht erwähnen, Graz ist eine Stadt mit einem enormen Kreativpotential, wir sprechen sehr

viel über die kreative Wirtschaft, ein am stärksten wachsender Wirtschaftszweig. Wir wissen, dass diese ganzen Kreativen, die kreative Szene, täglich den fruchtbaren Boden aufbereitet für dieses kreative Milieu, in dem wir uns hier in Graz bewegen und da können wir bitte das Rathaus nicht ausnehmen. Hier muss Kreativpotential, Kreativität und Beharrlichkeit implementiert werden und da sind alle gemeint, alle aufgerufen, da sind von den AbteilungsleiterInnen, von den MitarbeiterInnen, GeschäftsführerInnen, BelegschaftsvertreterInnen hin bis zu PolitikerInnen in den kommenden Jahren alle gefordert, um hier mitzutun, Kreativpotential zu heben und kreativ und beharrlich zu sein (*Applaus ÖVP*).

Kurt Hohensinner hat den Budgetkurs, den wir mit diesem Voranschlag sehen, den Nagl/Rücker/Rüsch-Kurs genannt und ich denke, diese Kreativität und Beharrlichkeit, und ich wiederhole das immer wieder gerne, ist einzufordern, wenn es eben darum geht, wenn man diese Budgetbegleitbeschlüsse liest, wenn man strukturelle Defizite erkennen will und beseitigen will, wenn man Effizienzsteigerungen und Leistungsbereinigungen, Leistungsevaluierungen vornehmen will, das muss gelebt werden, das sind, um ämter- und beteiligungsübergreifende Reorganisationsmaßnahmen anzugehen, eben diese Kreativität und da ist eben diese Beharrlichkeit von allen Beteiligten bis zum einzelnen Mitarbeitern, bis zur einzelnen Mitarbeiterin gefragt (*Applaus ÖVP*) und Gerhard Wohlfahrt hat es angesprochen, es ist Mut gefragt, du hast über Mut gesprochen, der Mut, den wir brauchen und den wir auch einfordern müssen von uns selbst immer wieder, wenn uns das Ding ernst ist, den Mut der Möglichmacher, der Hindernisabbau und den Mut der Durchsetzungshelfer, das kann jeder Einzelne sein, der Zweifelerstreuer, das muss stärker sein als einfach die Macht der Gewohnheit und ein einfacher Widerstand des Zweifels, auf den man ja immer wieder stößt. Ich gehe davon aus, dass der Mut da ist, dass man diese Prozesse, du hast gesagt, es braucht eine Zeit, wenn man das wirklich gut aufsetzen will, ich habe einen Satz von Matthias Horx, den Sie alle kennen, diesen berühmten Zukunftsforscher, im Ohr, der gesagt hat, wir leben in einer Zeit, wo, das ist übrigens in einer Studie, die Joanneum Research gemacht hat über das Kreativpotential im Großraum Graz, der gesagt hat, wir leben in einer Zeit, wo die Kreativität und die Selbständigkeit das Grundprinzip überspringt auf den konventionelle Arbeitswelt, da gibt es nicht mehr diese Unterscheidung, da sind die Kreativen und da sind die Mitarbeiter, die mit Kreativität nichts zu tun haben. Wenn das überströmen kann, braucht man keine Top-Down-Organisation, wo man

sagen muss, jetzt machen wir eine Reform und die müsst ihr alle mitmachen. Es gibt eine zunehmend große Schnittmenge zwischen diesen klassischen Kreativen und den konventionellen Berufen und da glaube ich an die Potentiale, die hier im Hause zu heben sind. Es geht, Gerhard Rüschi hat es gesagt, darum, bei Politik und Verwaltung zu sparen und bei der Grazer Bevölkerung zu investieren und die Investitionen, darüber ist heute schon gesprochen worden ist natürlich ein Reizthema in der budgetären Situation, in der wir uns befinden. Investitionen sind mit klar definierten Rahmen anzugehen. Mit diesem strikt definierten Budgetrahmen, Investitionsrahmen, der in der AOG bis 2015 festgeschrieben ist, und das sind bitte diese 450 Millionen, die für Projekte in der AOG zur Verfügung stehen, und ich lasse da nicht so einfach im Raum stehen, geschätzter Kollege Haßler, lächelt mich schon an, hat gewusst, ich gehe darauf ein, dass man da Geld verschleudert, wenn wir Schulen und Kinderkrippen bauen, und dass man Geld verschleudert, wenn man den öffentlichen Verkehr mit den erforderlichen Co-Finanzierungen angeht. Dass wir ein Geld verschleudern, wenn wir Infrastruktur, Bezirkssportplätze, wenn wir Vereinssportanlagen machen, wenn wir Stadtentwicklung betreiben in professioneller Art, Beispiel Nahverkehrsknoten Hauptbahnhof. Wenn wir Investitionen Fahrrad-Fußgänger-I, das sind lauter Dinge, wir können uns dann gerne noch darüber unterhalten, das sind Investitionen, die einfach notwendig sind und die natürlich in unserer Situation fremdfinanziert sein müssen. Das schränkt Spielraum natürlich ein, da gibt es Zinsendienst, da gibt es natürlich weitere Verschuldung, aber in dieser herausfordernden, konjunkturellen Situation, in der wir uns befinden, und das sage ich bewusst positiv, in dieser herausfordernden Situation muss die öffentliche Hand diese Signale setzen, das wissen wir, wir wissen, dass wir als Gemeinde hier dabei sein müssen (*Applaus ÖVP*).

Wir wissen natürlich auch, dass wir bei Land und Bund weiter unsere Forderungen stellen müssen, die Forderung Gerhards Rüschi, die weiter betrieben wird, ist ja erwähnt worden, der Bund kann nicht darüber hinwegsehen, dass weit über 50 % aller öffentlichen Investitionen, alle Investitionen der öffentlichen Hand aus Gemeindebudgets kommen und da ist Graz nicht allein. Das kommt aus Gemeindebudgets, das heißt, ich sage ein klares Ja zu Investitionen unter den geschilderten Rahmenbedingungen und in Verbindung mit klaren innovativen Reform- und Restruktierungsmaßnahmen und ich sehe das durchaus so, dass so eine Krise, ich darf nachher noch ein paar Worte dazu sagen, diese Krise durchaus

als Chance zu sehen ist und wenn ich die Ökonomen, die hier ihre Meinung eingebracht haben, ernst nehme, dann führt so eine Krise durchaus dazu, dass wir alle Private, Unternehmer, aber auch die öffentlichen Hände in diesen Krisen eine Fokkusierung auf ihre Kernaufgaben vornehmen, das ist notwendig, und die Konzentration auf Kernaufgaben ist per se ein Ausfluss aus Krisenszenarien. Faktum ist, das hat uns die Geschichte gezeigt, dass man in Phasen der Hochkonjunktur Reformen nur sehr schlecht auf die Reise schicken kann, da gibt es dann immer wieder eine gewisse Resistenz. Ich glaube auch, dass wenn man über ein Budget spricht in diesen Tagen, man ein paar Sätze ganz generell zu dieser Krise sagen muss. Wir wissen alle, und wenn wir das verfolgt haben, es gibt nicht abschätzbare Effekte in den nächsten Jahren, das wissen wir, es gibt zukünftige Entwicklungen, die nicht einschätzbar sind. Ich weiß aber auch eines, Kollege Fabisch, wenn ich dir vielleicht da auch noch etwas dazu sagen darf, wenn es in Amerika nur so etwas Ähnliches gegeben hätte wie einen Stabilitätspakt dann, und das hat man in den letzten Wochen immer wieder lesen und hören können, hätte es eine Krise in dieser form gar nie geben können. Da hätten die Mechanismen funktioniert, die so ein Stabilitätspakt erzeugt. Diese Effekte, ich sage auch, gestern, vorgestern lese ich von Bernd Rürup, der sagt, wir haben einen schweren Abschwung, na klar, aber wir haben keine Horrorszenarien zu malen, wir sind aufgefordert, etwas zu tun. Eines ist auch klar, wir diskutieren hier über ein Budget, wir können mit den klassischen Mitteln einer Budgeterstellung, eines Budgetprozesses eine wie immer geartete totale Krise ganz sicher nie bewältigen, das ist nicht Gegenstand und Aufgabe einer regulären Budgetplanung, damit kann man keine Krisen bewältigen. Vorsichtsmaßnahmen, das ist heute schon angesprochen worden, die 15%-Sperr im Bereich der Ermessensausgaben sind ein anderes paar Schuhe in diesem Zusammenhang. Aber ich glaube, man sollte auch differenzieren, wenn man das so hinsagt und immer wieder deutlich sagen, diese virtuelle Welt, die zu Recht angeprangert wird, die virtuelle Welt der Finanzgeschäfte hat die reale Wirtschaft, um die wir uns hier kümmern müssen, längst abgehängt. Das hat nichts damit zu tun, 97 % der Gelder, die als Finanzkapital die Erde umrunden, Stichwort Heuschrecken, die haben mit Wertschöpfung nichts zu tun, die haben mit realen Gütern absolut nichts zu tun. Es ist Spielgeld und es wird zum Zocken verwendet, das müssen wir immer wieder dazusagen, wenn man über Ziffern und über Ursachen einer Krise spricht. Das Ganze, Kollege Fabisch, wird entgegen vielleicht anders lautender Erwartungen

deiner Fraktion den Kapitalismus sicher nicht beenden, aber es ist sicher zu sehen, dass im Notfall einerseits ein starker, ein guter, durchaus vorübergehend, ein intervenierender Start gefordert ist, es braucht einen solchen Mechanismus und andererseits, und davon bin ich zutiefst überzeugt, es braucht eine starke europäische Staatengemeinschaft, siehe Island, um diese liberale Wirtschaftsordnung, der wir alle unseren Wohlstand zu verdanken haben, auch in Zukunft zu bewahren (*Applaus ÖVP*).

Der Staat, meine Damen und Herren, ist in einer Krise als Ersteller von Spielregeln gefragt als Kontroller, aber nicht als Eigentümer und nicht als Unternehmer, das können unsere Unternehmer besser. Planwirtschaftliche Retro-Modelle sind genau in diesen Krisenzeiten keine Lösung (*Applaus ÖVP*). Ich erinnere Sie, Frau Stadträtin, in den 80er-Jahren galt die gesamte Steiermark als ein hoffnungsloses Krisengebiet und die bekannten Investitionen in Forschung und Entwicklung bestehen heute bei 3,9 % Forschungsquote. Andere arbeiten an der 3%-Marke. Diese Investitionen haben den Turnaround möglich gemacht und haben die Steiermark dorthin gebracht. Wo wir heute stehen, vor dem Hintergrund sehe ich die weitere Entwicklung. Es geht darum, dass wir Mut machen, Frau Stadträtin, es geht darum, dass wir Optimismus geben, dass wir einen Konsolidierungs- und Reformkurs, der auch Investitionen vorsieht, zulassen. Ich weiß, es ist schwer, man muss Fantasie haben, Qualtinger hat einmal gesagt, Fantasie ist etwas, was sich viele gar nicht vorstellen können, das gibt es auch. Aber lassen Sie mich eines noch sagen, weil es um Einnahmen gegangen ist. Wir haben, es ist, glaube ich, schon gesagt worden vom Kollegen Wohlfahrt, das ist kein Belastungspaket, wenn wir um 5,8 % die am unteren Rand im Vergleich mit dem österreichischen Städteranking stehenden Gebühren, nämlich die betroffenen Gebühren um 5,8 % Index anpassen, 1 Euro pro Kopf pro Monat, jeder Euro ist ein Euro, aber das ist sozial verträglich, das ist kein Abzocken, das ist eine verträgliche Anpassung von Gebühren für erstklassige Leistungen, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Stadt täglich an unsere Bürger erbringen (*Applaus ÖVP*).

Ich möchte auch, nachdem jetzt mir der Herr Fotograf die Sicht versperrt, kann ich dem Gerald Grosz nichts ins Gesicht schauen, aber er wird da sein. Ich möchte ein Wort, ein Faktum dem Herrn Nationalrat, der zwischen Kärnten und Wien auch ab und zu in Graz vorbeischaute, auf ein paar Zwischenrufe am Gemeinderatsdonnerstag gerne sagen, ich höre aus Wien, dass man sagt, das ist ein Bezügenimmersatt,

einzigartig in Österreich gibt es keinen Zweiten, der mit einem gewissen Antragsaktionismus, höre ich, ich weiß nicht, ob es wahr ist, den Pausenkasperl macht, das ist aus der letzten Reihe besonderes gut zu beobachten, weil da hat man alles unter Kontrolle. Wenn du in Graz bist, freuen wir uns alle, weil es ist immer lustig mit dir, wir müssen uns dann immer konzentrieren, dass wir dich dann auch ernst nehmen können. In den Ausschüssen glänzt du ja leider meistens durch Abwesenheit, da wo alle, die hier nicht hauptberuflich Politiker sind und ihren Privatberufen sich Urlaub und Überstundenabbau und nebenbei in die Ausschüsse gehen am Vormittag und bei ihren Dienstgebern sich freinehmen müssen, die gehen dorthin, die arbeiten für diese Stadt, das ist Arbeit, nicht Antragsaktionismus und nicht Redeaktionismus, lieber Herr Kollege Grosz (*Applaus ÖVP*). Vielleicht hast du das Budget und die Beschlüsse dazu nicht im Postkastl gehabt, weil die Post gerade gestreikt hat, aber wenn du es angeschaut hättest, du hättest es dir auch holen können, du hättest nachlesen können, wenigstens die Budget...ist nicht viel, sind 40 Seiten, könnte man sich durchschauen, dass die Grazer Gebühren nicht, wie von dir behauptet, im Spitzenfeld und exorbitant hoch sind, sie liegen im untersten Drittel, im unteren Drittel, wir haben im Graz keinen Weggang von Unternehmen, ich weiß gar nicht, was damit gemeint war, ich würde gerne reden mit dir drüber, wir haben 1000 Unternehmensgründungen, über 1000 Unternehmensgründungen, jetzt kann man schon sagen, ja das sind EPU in erster Linie, aber ich bin froh darüber, dass das EPU sind, das ist die neue Selbständigkeit, die Menschen sind aktiv, kreativ, das ist das Milieu, das Graz als Wirtschaftsstadt ausmacht und Graz wächst bitteschön, Graz wird nicht kleiner, wir haben 30.000 Menschen mehr in dieser Stadt als noch vor 2001 (*Applaus ÖVP*).

Was mir noch wichtig ist, ist auch festzustellen, dass der Schuldenstand, den wir mit dieser Milliarde, die so im Raum steht, da tun wir nichts verstecken. Bitteschön, wir sind eine der ganz wenigen Städte in Österreich, die einen konsolidierten Schuldenstand ausweisen, wir verstecken nichts, wir haben keine Unternehmen, wo man irgendwelche Beträge verstecken, jetzt leuchtet es schon hier, wir haben in Wahrheit eine Darstellung des Schuldenstandes, der einzigartig transparent ist im Vergleich zu anderen Budgets und anderen Städten in Österreich (*Applaus ÖVP*).

Ich möchte mich an dieser Stelle aber auch ganz ausdrücklich persönlich bei den Kolleginnen und Kollegen der grünen Gemeinderatsfraktion für die Gespräche der

vergangenen Wochen bedanken, ich möchte mich für die kritisch konstruktive Gesprächsbasis bedanken. Ich möchte vielleicht dazusagen, dass wir uns vor keinem Detail gedrückt haben, dass wir jedes Detail sehr exakt durchgegangen sind und dass wir keine dieser Ziffern als quasi schicksalhaft einfach hingenommen haben, das war wichtig, in diesem Lichte ist das vorliegende Budget auch zu sehen. Und ich möchte einen Satz wiederholen, weil er mir so gut gefallen hat und in der Aussage einfach so wichtig ist, den Gerhard Rüschi heute am Vormittag, der vielleicht untergegangen ist und der gesagt hat: Es braucht hier keine falsche Harmonie in diesem Haus und es braucht auch kein Verwischen der unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Positionen, aber es braucht ein klares Bekenntnis zum gemeinsamen Ziel, die Leistungsfähigkeit unserer Stadt für die Zukunft sicherzustellen, Zitat Gerhard Rüschi. Ich danke für eure Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

SPÖ

Gemeinderätin Waltraud HAAS-WIPPEL

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie! Armut, Arbeitslosigkeit, Unrecht, Preistreiberei – aktuelle Themen, die Bert Brecht bereits vor über 70 Jahren in seinem Stück „Die heilige Johanna der Schlachthöfe“ verarbeitet hat. Dieses Stück schrieb er vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise 1929/1930.

Angesichts der aktuellen Finanzkrise hat die „heilige Johanna“ nichts an Brisanz eingebüßt, denn es zeigt deutlich und schonungslos auf, damals genauso wie heute, den unerträglichen Zynismus der Profiteure dieser Systeme und die Ohnmacht der Opfer.

Auch im nationalen Aktionsplan zur sozialen Eingliederung wird auf das hohe Armuts- und Ausgrenzungsrisiko bestimmter Menschen in Österreich hingewiesen. Das hat auch der Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz in seinen Empfehlungen bestätigt.

Armut steht in Zusammenhang mit einer Reihe von Faktoren wie den Einkommens- und Lebensstandards, Armut hängt zusammen mit Niedriglöhnen, mit prekären Arbeitsverhältnissen, mit begrenzten Berufs- und Ausbildungsmöglichkeiten, dem geschlechtsspezifischen Lohngefälle, mit der Notwendigkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren. Von Armut sind daher besonders Frauen gefährdet.

Armut ist aber auch abhängig vom Zugang zu Gesundheits- und Sozialleistungen, von leistbarem Wohnraum und hängt mit schicksalhaften Ereignissen zusammen – Stichwort: Pflegefälle.

Und wer es bis jetzt nicht geglaubt hat, der muss es jetzt glauben, Armut und soziale Ausgrenzung ist brutale Realität und ist auch in reichen Gesellschaften ein weit reichendes, komplexes und vielgestaltiges Phänomen. Wir alle beobachten diese Entwicklung mit Sorge.

Entscheidend für den Erfolg von Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist, inwieweit diese Maßnahmen von einer breiten Öffentlichkeit und vor allem von der Politik getragen und unterstützt werden.

Wie spiegeln sich nun diese aktuellen Entwicklungen, wie spiegeln sich die Sorge und die sozialpolitischen Erfordernisse im heute vorliegenden und zu beschließenden Budget der Stadt Graz wider?

Budgetpolitik lässt sich nicht immer mit objektivierbaren Kriterien messen, Budgetpolitik hat immer den Hintergrund von bestimmten Ideologien und Werthaltungen, die sich dann in politischen Strategien und in den Entscheidungen wiederfinden. Das Prinzip der Linearität bei der Budgeterstellung ist weder politisch klug, noch kreativ und schon gar nicht gerecht (*Applaus SPÖ*).

Die Sozial- und Frauenstadträtin Elke Edlinger hat wiederholt auf das nicht ausreichend dotierte Budget in ihren Verantwortungsbereichen hingewiesen.

Die Spar- und Budgetvorgaben im Bereich des Sozial- und Frauenressorts bedeuten einen sozialen Kahlschlag bedeuten, dass wichtige Projekte nicht möglich sind, wie zum Beispiel der Sozialpass, wie die Unterstützung von pflegenden Angehörigen, wie verschiedene Frauenprojekte. Diese Budgetpolitik ist nicht nur verantwortungslos, sondern führt auch zu steigenden gesellschaftlichen Reparaturleistungen im Sozial- und Gesundheitsbereich (*Applaus SPÖ*).

In einem Land, das das viertreichste in Europa und das siebentreichste der Welt ist, muss es möglich sein - auch und gerade in Zeiten von Budgetknappheit - Chancengleichheit für alle zu sichern. Denn auf Dauer können wir diesen gesellschaftlichen Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum nur sichern, wenn es uns gelingt, die soziale Balance aufrecht zu erhalten und eine kulturelle Vielfalt zu ermöglichen.

Aber schon der Koalitionsvertrag zwischen der Grazer Volkspartei und den Grünen hat das befürchten lassen, was als in Zahlen gegossene Politik zu beurteilen und zu kritisieren ist - das Wort Armut und Armutsbekämpfung hat überhaupt keine Erwähnung gefunden.

Und diese Ignoranz findet im vorliegenden Budgetentwurf für 2009 eine Fortsetzung, und es wurden insbesondere im Sozialbereich Budgetdotationen vorgenommen, die sich ausschließlich an ökonomischen Zielsetzungen einer Sparpolitik und nicht an den erforderlichen Wirkungszielen der Politik orientieren (*Applaus SPÖ*).

Was belegt meine Entrüstung zu diesem Budgetentwurf? Dieses Zahlenwerk ist zumindest im Kapitel Soziales eine Mogelpackung der Sonderklasse (*Applaus SPÖ*). Es wurden wider besseres Wissen und Gewissen und entgegen aller Fachmeinungen die Kosten für Pflichtleistungen im Sozialbereich ignoriert, obwohl bereits heute für alle vorhersehbar sein muss mit diesen Budgetdotierungen für den Sozialbereich kann man nicht das Auslangen finden, das wissen wir alle.

Es liegt also ein Budget vor - im vollen Wissen, dass 2009 unterjährig Nachtragskredite erforderlich werden, und gleichzeitig wird aber erklärt, dass im vorliegenden Budget umfassend alle vorhersehbaren Ausgaben und Einnahmen berücksichtigt sind.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von Schwarz/Grün, gerade in diesen Sicherungssystemen einfach willkürlich Summen einsetzen, wenn Sie Budgetsummen einsetzen, die auch nicht begründet werden und auch nicht nachvollziehbar sind, hier provozieren Sie den Vorwurf mangelnder fachlicher Seriosität (*Applaus SPÖ*).

Zur Untermauerung zitiere ich jetzt zwei Pressemeldungen. Einmal die klare Aussage des Herrn Stadtrechnungshofdirektors Dr. Riegler vom 28. November in einer Grazer Zeitung, wo er aufmerksam macht auf eine Steigerungsrate von 7 % im Sozialbereich und erklärt, dass dabei die Zunahme der Anspruchsberechtigten als Folge der Wirtschaftskrise noch nicht berücksichtigt wurde.

Weiters eine Meldung in der „Presse“ vom 1. Dezember, in der die Steigerungsrate bei Sozialleistungen im Zeitraum von 2003 bis 2008 mit 150 % beziffert wurde - und das bei guter Konjunktur – und auch hier der Hinweis, dass in den nächsten Jahren mit einer wesentlich höheren Steigerungsrate zu rechnen sein wird auf Grund der Finanz- und Wirtschaftskrise. Diese Realitäten haben Sie, meine Damen und Herren, wahrscheinlich aus Gründen sogenannter Sparzwänge im vorliegenden Budget vorsätzlich verdrängt und negiert (*Applaus SPÖ*).

Sehr geehrte Damen und Herren der Stadtpolitik! Ich stelle daher fest – und bitte seien Sie mir nicht böse, wenn ich dies in aller Klarheit sage - diese Budgetpolitik ist ein Zeichen eines verzerrten und irregeleiteten Menschen- und Weltbildes, denn sie lässt zu, in Zeiten globaler Wirtschaftskrisen gerade gegenüber jenen Menschen den sozialen Unterstützungsrahmen nicht entsprechend zu dotieren, die in dieser rezessiven wirtschaftlichen Entwicklung ein Mehr an sozialen Transferleistungen benötigen (*Applaus SPÖ*).

Sehr geehrte Damen und Herren, unser Weltbild ist ein anderes: Wenn in Graz rund 33.000 Grazerinnen und Grazer armutsgefährdet sind, dann ist das ein Auftrag an uns Politikerinnen und Politiker, quer durch alle Ressorts, hier korrigierend und regelnd einzugreifen, das ist unser Aufgabe (*Applaus SPÖ*). Menschen und ihre Bedürfnisse können und dürfen nicht auf einen ausschließlichen Kostenfaktor reduziert werden – sie lassen sich auch nicht an Eckwerten messen oder festmachen, das ist unmenschlich. Viele von uns sind auf den Mythos des Neoliberalismus hereingefallen, der uns glauben machen wollte, der Markt regelt alles. Dieser Mythos ist entzaubert (*Applaus SPÖ*). Die Menschen spüren wieder: Es braucht die regulierende Hand des Staates, es braucht eine Politik, die Gerechtigkeit und Humanität nicht dem Sparstift opfert (*Applaus SPÖ*).

Dieses Budget wird dieser Erkenntnis aber nicht gerecht.

Im Gegenteil: Ich ärgere mich schwarz/grün über eine derartige politische Ignoranz, auf Kosten jener Menschen in dieser Stadt sparen zu wollen, die nicht nur der Solidarität der Gemeinschaft bedürfen, sondern die auf eine Politik setzen, die es als ihre ureigenste Aufgabe verstehen müsste, für jene einzutreten, die oft unverschuldet und ungewollt prekären Lebenssituationen ausgesetzt sind.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die Stadt der Menschenrechte, es geht um die Rechte der Menschen und es geht um die Sozialstadt Graz (*Applaus SPÖ*).

Gerade dann, wenn die Schere zwischen Arm und Reich, zwischen Krank und Gesund, zwischen Alt und Jung immer größer wird, ist es unsere Pflicht, für eine gerechte Lastenverteilung und für Chancengleichheit einzutreten und zu sorgen.

Gerade in einer Zeit, in der immer mehr Menschen existentielle Sorgen haben, braucht es ein sozial gewobenes Netz aus Sicherheit, Solidarität und Fairness, braucht es eine Budgetpolitik, die hinschaut und nicht wegschaut (*Applaus SPÖ*).

Es helfen den Menschen in unserer Stadt keine Sonntagsreden über soziale Verantwortung und sozialen Frieden, es müssen auch die entsprechenden Zahlen im Budget berücksichtigt werden.

In den letzten Jahren wurde mit Wolfgang Riedler ein erfolgreicher Weg in der Budgetkonsolidierung gegangen, mit sozialen Gewichtungen und Schwerpunktsetzungen, dieser Weg wurde mit dem vorliegenden Budget verlassen (*Applaus SPÖ*).

Wir vermissen in diesem Budget ein klares Bekenntnis zur sozialen Verantwortung, wir vermissen Zukunftsperspektiven und wir vermissen einen Weitblick.

Dieses Budget ist ein Sanierungsbudget zu Lasten von Menschen, vor allem jener Menschen, die unsere Unterstützung in einem hohen Maße benötigen (*Applaus SPÖ*).

Wissen Sie, dass das Jahr 2010 von der EU zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerufen wird, und kennen Sie den Leitsatz dieser Proklamation? Er lautet: „Anerkennung des Grundrechtes der von Armut und sozialer Ausgrenzung Betroffenen auf ein Leben in Würde, auf umfassende Teilhabe an der Gesellschaft und ein Recht auf ausreichende Ressourcen und hochwertige Dienstleistungen.“

Ich hoffe diese Erklärung dient auch einer sozialen Horizont-Erweiterung des vorliegen Budgetentwurfes - und sie erinnert mich an eine Aussage des Kirchenlehrers Augustinus, und ich zitiere: „Was anderes sind Staaten, wenn ihnen Gerechtigkeit fehlt, als gewöhnliche Räuberbanden?“

Und ich bin davon überzeugt: der Brückenschlag zwischen Augustinus und der EU-Proklamation 2010 hat auch heute höchste Aktualität.

Und ich möchte noch kurz auf den Kollegen Frölich eingehen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrates, und im Speziellen für meinen Bereich, arbeiten mit Innovationsmut, mit Kreativität und mit vollstem Einsatz und das 24 Stunden am Tag an 365 Tagen im Jahr (*Applaus SPÖ*).

Da wir dem vorliegenden Budget eine andauernde soziale Verweigerung bescheinigen, können wir als SPÖ diesem Budget nicht zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GRÜNE

Gemeinderätin Mag.^a Dipl.-Ing. Daniela GRABE

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte im Namen unseres grünen Gemeinderatsklubs dieses für uns erste umfassende Budget kommentieren und ich habe vor trotz bisweilen unsachlicher Vorwürfe, die wir bekommen haben, es trotzdem sachlich zu machen, weil ich denke, es geht um eine sachliche Sache und nicht um gegenseitiges Anschütten. Vorausgeschickt, natürlich ist es kein Wunderbudget und es ist, wie Sie alle wissen, wie Sie alle den Wortmeldungen auch von Vorrednern entnehmen konnten, es ist in großen Teilen ein Sparbudget. Das ist ein Budget, in dem nicht das wunderbare Füllhorn, nicht die wundersame Brotvermehrung zugrunde liegt, welche letztere meines Wissens laut der Überlieferung ohnehin nur maximal einmal funktioniert hat. Es ist ein Sparbudget, deshalb wird von einigen von Ihnen uns vorgeworfen, unsozial zu sein, mangelnde Solidarität, soziale Mogelpackung usw. Ich frage Sie jetzt, wie sollen wir das bewerkstelligen, einerseits wird uns genauso vorgeworfen, es ist eine Schuldenmacherei (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), wir verschulden die nächsten Generationen durch unsere zu hohen Ausgaben, von den selben Fraktionen kommt der Vorwurf, dass wir in diesem und jenem Bereich zu wenig ausgeben. Wie bitte soll man diesen Spagat schaffen, das wissen Sie alle selber, die meisten von Ihnen haben bereits Budgets erstellt und wissen, dass es keine Lösung für diese Quadratur des Kreises gibt, dass es nur Kompromisse gibt. Es gibt nicht die Möglichkeit, einsparen und ausgeben zugleich. Die Frage ist jetzt, in welchen Bereichen wir das machen und wir haben als Vorgabe, wie Sie alle wissen, als längerfristiges hauptsächliches Ziel die langfristige Budgetkonsolidierung, und da frage ich Sie jetzt, ist das nicht unsozial, wenn wir den bisherigen Kurs, wie er ist, nach Prognosen haben wir eine Verdoppelung des Defizits zwischen Einnahmen und Ausgaben bis zum Jahr 2015, wenn es so weitergeht, haben wir bisher noch uneingedenk der Wirtschaftskrise, die sich jetzt erst in diesem Jahr gezeigt hat, ist das nicht unsolidarisch? Ist das nicht unverantwortungsvoll? Was wir versucht haben und wo auch Unterstützung von einigen von Ihnen in den vorbereitenden

Gesprächen gegeben hat, war genau diesen Spagat zu schaffen. Einerseits längerfristig das Budget zu konsolidieren, längerfristig das zunehmende Ungleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen in den Griff zu kriegen, damit man auch noch in fünf Jahren, in zehn Jahren, in 15 Jahren überhaupt über Förderungen für Sozialvereine, für Frauenvereine, für verschiedene Gruppierungen sprechen kann. Auf der anderen Seite haben wir versucht, trotz Sparkurs genau in diesen Schwerpunkten, die uns als Grüne besonders wichtig sind, die wir aber auch innerhalb der Koalition vermitteln konnten als wichtig, genau in diesen Bereichen Nachbesserungen zu machen und von dem Eckwertefrierungsziel hinweg zu kommen.

Etwas Zweites vorausgeschickt. Dass diese finanzielle Lage so ist, wie sie jetzt ist, haben nicht wir als Grüne zu verantworten, dass diese Wirtschafts- und Finanzkrise (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), die auf uns hereinbricht, auch die Stadt Graz und die Kommunen betrifft, haben auch nicht wir zu verantworten. Sehr wohl haben wir zu verantworten, was wir damit tun, wie wir mit dieser Krise umgehen, wie wir die finanzielle Lage der Stadt Graz in den Griff kriegen und gleichzeitig dennoch Leistungen in den Bereichen, die notwendig sind, durchführen und anbieten können. Und dafür sind wir sehr wohl verantwortlich und ich bitte Sie zu verstehen, dass wir diese Verantwortung wahrnehmen, zu der eben auch gehört, dass Geld nicht ohne reifliche Überlegung, und wir haben reiflich überlegt, Sie die beteiligt waren, Sie die teilweise auch in den Koalitionsverhandlungen mit Ihren Ressorts beteiligt waren, wissen aus eigener Anschauung, wie viel Zeit wir uns genommen haben, um die besten Möglichkeiten, bei einem Kompromiss gibt es keine besten Möglichkeiten, aber zumindest gute Möglichkeiten zu finden, Einsparungsnotwendigkeiten abzumildern.

Frau Kollegin Wippel, Ich habe sehr viel Verständnis für die Dinge, die im sozialen Bereich genannt werden. Die können wir auch alle unterstreichen. Für eine Sache habe ich nicht Verständnis, wenn Sie sagen, die sogenannten Sparzwänge, denn es gibt, wenn ich mir den Finanzstand der Stadt Graz jetzt anschau und die Prognose für die nächsten Jahre, gibt es keinen sogenannten, es gibt einen realen Sparzwang, das ist die eine Sache...

Zwischenruf GR. Haas-Wippel: Aber einen falschen.

GRin. Mag.^a **Grabe**: Ja, ich habe Sie nicht unterbrochen beim Sprechen, also könnte ich mir vorstellen, dass das umgekehrt auch geht. Die zweite Sache ist Folgendes: Sie haben natürlich angebracht, dass, und da haben Sie völlig Recht, dass man gerade im Sozialbereich schauen muss, präventiv zu arbeiten, das Mittel dafür da sein müssen, Personen, die bedürftig sind, schon möglichst früh zu unterstützen etc. Und das unterstreiche ich alles dreimal, viermal, fünfmal. Ich frage Sie aber: Erstens, das Sozialbudget, wie es jetzt ist, das haben wir aus dem Budget unter Ihrem Stadtrat Riedler übernommen, das Sozialbudget aus dieser Zeit ist sogar noch erhöht worden, das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt: Die Probleme, die hier in Graz zu lösen sind auf kommunaler Ebene, die kann die Stadt Graz alleine niemals lösen, ob wir jetzt das Sozialbudget um 10 % erhöhen können oder 15 oder um 20, längerfristig wird das niemals ausreichen, um die sozialen Probleme von Arbeitsmarktsituation bis Wohnsituation bis zu den verschiedensten Bereichen allein mit kommunalen Mitteln und mit dem, was über Länderausgleich, Bundesausgleich kommt, zu lösen und da appelliere ich jetzt an Sie.

Zwischenruf StRin. Edlinger unverständlich.

GRin. Mag.^a **Grabe**: Ich habe dich akustisch nicht verstanden, vielleicht kannst du das nachher sagen, wenn von euch jemand am Wort ist, ich würde das gerne zu Ende sprechen. Ich war jetzt auf dieser Bundesebene. Wenn ich mich richtig erinnere, ich habe vor Jahren auch mein Geschichtstudium abgeschlossen, ist auch Ihre Fraktion seit 1945 in diversen Regierungen beteiligt, sprich hat die Verantwortung für das, wie Sozialpolitik längerfristig seit zumindest Ende des zweiten Weltkrieges in Österreich gestaltet ist (*Applaus Grüne*). Uns den Vorwurf zu machen, die wir jetzt ein Jahr hier in Graz mit der vorhandenen Finanzsituation, die wir geerbt

haben, umzugehen versuchen, die wir, wie Sie genau wissen, in kommunalen Bereichen wirklich nur sehr wenig Einfluss haben auf grundsätzliche notwendige Veränderungen, uns diesen Vorwurf zu machen, halte ich für nicht wirklich fair. Ich würde Sie bitten, mit Ihrer neuen Bundesregierung Kontakt aufzunehmen, dass zum Beispiel Kollege Hundsdorfer sich noch einmal überlegt, wie er zu der Vermögenssteuer steht, meines Wissens hat er am zweiten Tag seiner Angelobung bereits gesagt, dass er nicht vor hat, diese Vermögenssteuer wieder einzuführen (*Applaus Grüne*). So viel zum Thema soziale Gerechtigkeit und Umverteilung.

Zwischenruf GR. Herper: Ist das eine Spezialdebatte?

GRin. Mag.^a **Grabe:** Sie können gleich zwei/drei weitere Fragen anhängen, eine ist, wie steht es jetzt mit der Erbschaftssteuer, von irgendwoher muss ja Geld kommen, um diese Sozialausgaben, die zweifelsohne notwendig sind, zu finanzieren.

GRin. Binder: Ihr müsst euch das auch fertig anhören, wir haben euch auch zugehört.

GRin. Mag.^a **Grabe:** Der dritte Punkt, also es gibt einige Bereiche, ich nenne nur Stiftungen, die steuerfrei sind, da gibt es sehr viele Möglichkeiten, ein finanzielles Zubrot (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) zu bekommen, das dann über diverse Umverteilungen auch wieder den Menschen zukommt, für die Sie vorhin Ihr soziales Gewissen angesprochen haben. Also das zu dem Vorwurf, dass wir in Graz unsozial sind und keine Maßnahmen treffen. Wir haben Maßnahmen getroffen, wir haben, jetzt komme ich zurück auf das Budget der Stadt Graz, 10 % Erhöhung auf jeden Fall zugesagt und es wurde, das weißt du auch Elke, immer

wieder gesagt, wenn im Bereich der Pflichtausgaben sich zeigt, dass tatsächlich die bisher budgetierten Mitteln nicht ausreichend sind, dass diese Mittel zur Verfügung gestellt werden, dann, wenn es tatsächlich soweit kommt. Also auch das kann man jetzt nicht sagen. Dass wir da gegen bestehende Gesetze vorgehen würden, das ist x-Mal versichert worden, dass natürlich dann, wenn es soweit ist, wir diese notwendigen Mittel zur Verfügung stellen müssen. Soweit zum Sozialbereich.

Zum zweiten Bereich, der für uns einen Schwerpunkt gebildet hat, das ist der Integrationsbereich, und da möchte ich sehr gerne das Wort richten an die Kollegen von der freiheitlichen Fraktion und vom BZÖ. Ich verstehe nicht, welches Problem, ich weiß es natürlich, aber ich verstehe es trotzdem nicht jetzt mit rationalen Argumenten, was für ein Problem Sie mit Integration haben. Sie verstehen Integration als unnötige Kostenausgabe, als teure Maßnahme usw. Ich weiß nicht, ob Sie sich bereits entsprechend informiert haben, was die Industriellenvereinigung, was verschiedenste Wirtschaftstreibende genau zu diesem Thema sagen. Österreich braucht Zuzug, Österreich braucht Arbeitskräfte, Österreich braucht qualifizierte Arbeitskräfte, die integriert werden müssen und genau das ist das Problem, wenn Sie wettern gegen unsere Maßnahmen, die wir genannt haben im Budget zum Beispiel interkulturelle Schularbeit, Schulsozialarbeit usw. so gerade bei den Kindern begonnen wird, ihnen überhaupt zu ermöglichen, sich zu integrieren, dagegen wettern Sie und nachher wundern Sie sich, dass Menschen die Sprache vielleicht immer noch nicht genug gelernt haben. Das halte ich für absolut unsozial und vor allem erstens für ökonomisch wirklich unsinnig, dort ist ein Potential an Arbeitskräften, die mit ein wenig Unterstützung sehr wohl qualifiziert sind, dort ist ein Potential an Leuten, die in diesem Land gerne etwas einbringen, weil sie zum Großteil nicht unbedingt freiwillig hierher gekommen sind und wie gesagt, es ist wirtschaftlich unsinnig und es ist menschlich zutiefst unwürdig (*Applaus Grüne*). Diejenigen, die sich mit Integration ein wenig genauer beschäftigen, die wissen, Integration ist der Schlüssel für den gelungenen Zuzug von Menschen in unsere Stadt, und wir brauchen Menschen in unserer Stadt. Integration ist das Mittel, das große Potential, das diese Menschen miteinbringen, auch zu nutzen und Integration ist nicht eine Einbahnstraße, eine Bringschuld, wie Sie das offenbar sehen, sondern wenn sie gut gestaltet wird, ein gegenseitiges Geben und Nehmen, ein Lernen

voneinander, eine kulturelle Bereicherung und eine Bereicherung für die Gesellschaft in dieser Kommune, in der Stadt Graz (*Applaus Grüne*).

Aus diesem Grund bin ich sehr froh, dass wir auch in dem Bereich Integration es geschafft haben, die bisherigen budgetären Werte, die auch im 2008er Budget schon erhöht worden sind, noch einmal aufzustocken, damit genau diese wichtigen Bereiche im Kinderbereich, im Jugendbereich, in der Gemeinwesenarbeit usw. finanziert werden können, die im Übrigen sehr wohl auch eine soziale Komponente haben. Das ist diese Art von Sozialarbeit mit einem gesamtheitlich betrachteten Konzept, die letztlich auch dazu führt, dass potentielle spätere Konflikte im Vorhinein entschärft werden, das potentielle spätere schlecht ausgebildete Menschen rechtzeitig eine Chance kriegen, nicht auf soziale Leistungen angewiesen zu sein (*Applaus Grüne*).

Auch noch eine kleine Bemerkung, wie sich zum Beispiel Integrationspolitik auch in anderen Bereichen nicht nur budgetär niederschlägt, wir werden heute auch diese Parteienförderungsrichtlinien diskutieren und umsetzen. Für mich ist das neben der finanziellen und inhaltlichen Absicherung von Institutionen, wie etwa dem Menschenbeirat, ein sehr wichtiges Instrumentarium, um durch die Eindämmung von öffentlich verbreiteter Fremdenfeindlichkeit, wie sie hier zu Hauf auch in diesem Raume geäußert wurde, um durch solche Eindämmung von Fremdenfeindlichkeit und Menschenverhetzung die Integrationsfähigkeit unserer eigenen heimischen Bevölkerung zu verbessern. Wenn wir das einsparen können, wenn wir diese unnötigen und menschenverachtenden Bemerkungen, die immer wieder kommen, die in Sitzungen kommen, die in der Öffentlichkeit kommen, einschränken können, dann glaube ich sehr wohl, dass die Grazer Bevölkerung eine Chance hat, ungehindert von Ihren Ausbrüchen sich dem Thema Integration zu widmen (*Applaus Grüne*).

Ein dritter Bereich, der bei uns Schwerpunkt ist, ist der Frauenbereich, und auch hier ist für alle, die sich die Zahlen angeschaut haben, völlig klar, auch hier konnten wir weder das Füllhorn herbeizaubern, noch die wunderbare Brotvermehrung und speziell für mich als Frauenaktivistin, als Frauensprecherin ist es sehr schmerzlich, dass wir nicht mehr herausverhandeln konnten. Es ist ein Zugewinn, es ist immerhin etwas, dass für den Bereich Frauenbeauftragte oder zweckgebunden für andere Beratungstätigkeit immerhin 20.000 Euro von bisherigen 54.000 dazugekommen ist,

es ist etwas, aber es ist natürlich wenig und zuwenig. Aber wie Sie alle wissen, oder zumindest alle die von Ihnen, die schon einmal Koalitionsverhandlungen, Budgetverhandlungen gehabt hatten, ein Budget ist nicht nur ein Kompromiss, nicht nur ein Spagat zwischen Einsparnotwendigkeiten und wichtigen Ausgaben, ein Budget ist natürlich auch ein Kompromiss zwischen den handelnden Fraktionen, den handelnden Gruppen, die dieses Budget ausverhandeln. Ich bin froh, dass wir schon einiges ausverhandeln konnten, dass wir auch unseren Koalitionspartner überzeugen konnten, dass dieser Bereich wichtig ist, aber ich sehe, wir brauchen noch einiges an Nachverhandlungen in den nächsten Jahren, damit die Relation von Frauenbudget einerseits im Vergleich zu anderen Budgets deutlich erhöht werden kann und damit etwas, was ich persönlich mindestens genauso wichtig finde, nämlich Genderbudgetin, sprich die Durchleuchtung sämtlicher Budgettöpfe auf eine geschlechtergerechte Verteilung, damit auch diese hier Schritt für Schritt realisiert wird (*Applaus Grüne*).

Ein vierter Bereich ist der Jugendbereich, der aber bereits, ich schaue jetzt auch auf die Uhr, der bereits angesprochen wurde. Kurz nur, Jugendwohlfahrt, Nachmittagsbetreuung und Schulsozialarbeit sind eben auch jene Bereiche, in denen wir am besten und nahezu direkt in die Zukunft unserer Gesellschaft investieren können und auch müssen. Und auch da bin ich froh, dass wir es geschafft haben, hier zumindest einiges an finanziellen Mitteln zusätzlich aufzustocken. Über den Jugendbereich werden wir eh später noch einiges, denke ich, hören.

Und ein fünfter Bereich ist die Aufhebung der 15-%-Sperrre. Ich weiß nicht, wer von Ihnen, ich glaube Herr Sippel, Sie hatten gesagt, dass wir unter schlechten Gewissen leiden und deswegen irgendwelche Nachbesserungen gemacht haben. Glauben Sie mir, ich schlafe ruhig, zumindest was das Budget betrifft. Die 15-%-Sperrre ist nachträglich nachverhandelt worden, das ist korrekt, das ist aber nicht aus schlechtem Gewissen oder irgendwelchen anderen Traumata, die Sie uns vielleicht andichten, sondern, weil klar ist, man muss sich Dingen, bevor man sie dingfest macht und dieses Budget immer noch einmal und noch einmal anschauen, wenn man verantwortungsvoll ein Budget gestalten wird und das haben wir in diesem Fall gemacht, und statt dass Sie sich freuen, dass es auch in Ihrem Sinne bestimmte Verbesserungen gibt, kommen Sie mit dem Vorwurf, wir hätten ein schlechtes

Gewissen. Ich habe es nicht, ich bin stolz darauf, dass wir das so geschafft haben (*Applaus Grüne*).

Um zum Abschluss zu kommen. Ja, es ist ein Sparbudget und es ist allerdings auch ein Budget mit inhaltlichen Schwerpunkten, genau eben in diesen Bereichen, die für uns als Grüne wichtig sind und die für einige andere von Ihnen weiß ich und bei anderen hoffe ich, auch wichtig sind, eben in den Bereichen Integration, Soziales, soweit die Möglichkeit bestanden hat, Jugend und Frauen. Etwaige Vorwürfe, die natürlich kommen, das sind nur Tropfen auf dem heißen Stein (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), kann ich nicht entkräften, wie ich gesagt habe, es sind Tropfen auf dem heißen Stein, aber wie ich vorhin gesagt habe, wir haben diesen Spagat zwischen diesen beiden eigentlich entgegengesetzten Zielen, diese Quadratur des Kreises für das erste Jahr, für unser erstes Budget bin ich unterm Strich zufrieden, dass wir es geschafft haben, trotz der wirklichen Notwendigkeit von längerfristiger Konsolidierung auch in unseren wichtigen Bereichen programmatisch und finanziell Schwerpunkte zu setzen und ich verspreche Ihnen, das war jetzt unser erster Spagat. Beim ersten Spagat ist man noch etwas un gelenk und es ist auch nicht die bevorzugte Ruheposition, wir werden nicht ruhig bleiben, wir werden nicht Ruhe geben, wir werden weiter trainieren und ich verspreche Ihnen, dass zwei Punkte, die heute auch sehr stark als Kritik gekommen sind, bei den nächsten Budgets anders angegangen werden. Der eine ist die Kommunikation mit Ihnen als Mitstadtsenatsparteien oder als Opposition, und das Zweite ist, dass wir auch, wie wir es jetzt immer wieder versuchen und machen, durchführen werden, dass wir Schwerpunkte trotz der Notwendigkeit des Sparbudgets durchsetzen, Schwerpunkte im Bereich Soziales, Frauen, Integration und anderes. Ich danke allen Beteiligten an diesem Budgetprozess, der viele, viele, viele Stunden gebraucht hat, ich danke auch Ihnen von der Opposition, die Sie sich Gesprächen zur Verfügung gestellt haben und Ihnen jetzt für die Aufmerksamkeit (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz**: Tatsächliche Berichtigung, Gemeinderat Frölich meinte in seiner Rede, dass er sich freut, dass ich zwischen Wien, Kärnten nun auch einmal in Graz vorbeischaue, des weiteren meinte er, dass ich bei keinen Ausschüssen des Gemeinderates teilnehme, des weiteren meinte er, er höre, dass es sich bei mir um einen Doppelgagenbezieher in Wien handle, des weiteren meinte er, meine Anträge im Grazer Gemeinderat sowie im Nationalrat wären von Aktionismus und sonst nichts geprägt und schlussendlich meinte er, es handle sich bei mir um einen lächerlichen Pausenkasperl. Ich berichtige tatsächlich. Ich war das letzte Mal in Kärnten beim Begräbnis meines politischen Weggefährten Jörg Haider, seitdem habe ich das Bundesland nicht besucht, das ist aber eine Gelegenheit, es zu tun, ich danke. Ich bin nur im Kontrollausschuss der Stadt Graz Mitglied und sonst in keinem Ausschuss Mitglied, was daran liegt...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Du kannst jeden besuchen.

Gr. **Grosz**. ...dass der Gemeinderat mehrheitlich mit Stimmen der Regierung beschlossen hat, das BZÖ nirgends anders hineinzusetzen. Drittens, die Bezüge sind im Gegensatz zu allen, ich berichtige tatsächlich, meine Bezüge sind offengelegt und zwar gegenüber der Stadt Graz und gegenüber dem Rechnungshof und dem Unvereinbarkeitsausschuss und sind unter www.parlament.gv.at abrufbar. Ich gebe bekannt, dass die Gemeinderäte Grosz und Schröck aus Mitteln ihres Gehaltes und aus Mitteln der Parteiförderung der Stadt Graz im Jahr 2008 18.887,70 Euro sozialen Zwecken gespendet haben, der Spendenbericht wird nächste Woche in einer Gemeinderatssitzung veröffentlicht.

Zwischenruf GRin. Binder: Warum muss ich mir das anhören?

GR. **Grosz**: Drittens, ich glaube nicht, dass meine Anträge von Aktionismus geprägt sind und viertens, nein, im Gegensatz zum laut der Zeitung „der Grazer“ zitierten Gemeinderat Frölich, der als faulster Gemeinderat des Jahres 2007 gilt (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), handelt es sich bei mir um ein Bündel an Aktivität und Energie, und ich nehme meine Aufgabe ernst. Ich danke.

K P Ö

Gemeinderätin Mag.^a Ulrike Taberhofer:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste auf der Galerie! Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung waren und sind die bestimmenden Faktoren für die Sparpolitik der letzten Jahre, die sich im vorliegenden Budgetentwurf widerspiegeln. Ein Großteil öffentlichen Eigentums ist nicht mehr in der Verfügungsgewalt der Stadt und das bewirkt unter anderem, dass immer höhere Kosten zum Beispiel für Rückmietungen anfallen. Lineare Kürzungen in den einzelnen Ressorts haben dazu geführt, dass die Leistungsfähigkeit der Stadt dauerhaft geschwächt worden ist und nicht weniger problematisch stellt sich der Druck auf die Bediensteten des Magistrates dar, der im Zuge von Einsparungsüberlegungen bei Personalkosten immer wieder ausgeübt wird. Das Funktionieren kommunaler Selbstverwaltung ist ins Wanken geraten, die Rahmenbedingungen zur Gestaltung und Umsetzung kommunalpolitischer Aufgaben haben sich erheblich erschwert. Die Stadt ist für die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge verantwortlich. Jetzt befinden wir uns aber in einer Phase des Umbruchs, einerseits bedingt durch die Sparmaßnahmen im eigenen Wirkungsbereich, andererseits durch immer geringer werdende Finanzmittel des Bundes bei gleichzeitiger Übertragung von Mehraufgaben, und aus Sicht der KPÖ besteht damit die Gefahr, dass sie nicht mehr im vollen Umfang gewährleistet werden kann, wenn es nicht zu einem politischen Umdenken und zu Veränderungen der eingeschlagenen Politik kommt. Denn für die Menschen in unserer Stadt muss auch auf Perspektive möglich sein, dass ein gleichberechtigter und verlässlicher Zugang zu wichtigen Leistungen für alle zu erschwinglichen Preisen gegeben ist, die flächendeckende und kontinuierliche Erbringung der Leistung in einer bestimmten Qualität und in ausreichendem Umfang gewährleistet werden kann und dass die Sicherstellung einer demokratischen Kontrolle und Transparenz über Umfang und Qualität der mit der Daseinsvorsorge erbrachten Leistungen garantiert ist.

Das trifft vor allem auch auf den Bereich der Sozialausgaben zu. Denn es ist die Aufgabe der Stadt, dafür Sorge zu tragen, dass die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen und das schließt mit ein, über den Finanzausgleich mehr Gelder für die Stadt auszuhandeln, um einerseits die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen allen Menschen zukommen lassen zu können, die anspruchsberechtigt sind und um andererseits darüber hinaus noch Gestaltungsmöglichkeiten zu haben. Denn Sozialpolitik beschränkt sich nicht nur auf die Pflichtausgaben, sondern soll auch dazu beitragen, dass über zusätzliche Maßnahmen das Zusammenleben der Menschen in unserer Stadt verbessert und Entwicklungschancen für jeden Menschen in jeder Lebenssituation ermöglicht werden können. Dazu zählt für mich auch die Forderung der Einführung eines Sozialpasses für Menschen in unserer Stadt, die ein geringes Einkommen haben, die wir als KPÖ bereits seit Jahren immer wieder einbringen. Mittels eines Ausweises können so Behördenwege reduziert und alle bestehenden Ansprüche aufgelistet werden. Er soll dazu beitragen, dass sich die Preise zum Beispiel bei der GVB, aber auch für öffentliche Kultur, Sport- und Bildungseinrichtungen verringern. Trotz eines einstimmigen Beschlusses zur Prüfung der Einführung einer solchen Maßnahme hat sich bis jetzt noch keine ressortübergreifende Arbeitsgruppe gebildet, die eine Grundlage für ein solches Vorhaben erarbeitet hätte. Das lässt darauf schließen, dass keine Verbesserung beziehungsweise kein Ausbau der sozialen Systeme vorgesehen ist. Denn perspektivisches Planen und Handeln bedarf eines erhöhten Einsatzes finanzieller Mittel (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) und deshalb sind Sparmaßnahmen im Bereich der Sozialausgaben kontraproduktiv. Die Wahrnehmung der Realität muss unser politisches Handeln bestimmen und es ist Fakt, dass die ständig wachsende Armut in unserer Gesellschaft auch zu einem Ansteigen der Sozialausgaben der Stadt auf Perspektive führen wird.

Sei es in der Form der Sozialhilfe oder der Behindertenhilfe von Zuzahlungen bei Alten- und Pflegeheimen oder der Absicherung der mobilen Dienste. Gerade im Zusammenhang mit der geplanten Tagsatzanhebung für Pflegeheime zeigt sich ein Anstieg der Kosten von 10,6 im Jahr 2006 auf 17,5 Millionen für das Jahr 2009, das entspricht einer Erhöhung von 9,7 %, die das Land per Verordnung festsetzen will, wobei Finanzstadtrat Gerhard Rüschi von Seiten der Stadt nur 4 % für möglich hält. Das zeigt das Problem, dass sowohl Bund als auch Land Kosten für erforderliche

Infrastruktur nicht in dem Maße zur Verfügung stellen wie notwendig und viele Aufgaben eben auch und Kosten an die Stadt abwälzen.

Der steigende Bedarf an Sozialleistungen führt gleichzeitig aber auch dazu, dass die Bediensteten des Magistrates, die bereits jetzt mit Arbeit sehr überlastet sind, dem Antrag von Menschen, die Hilfe suchen, dann nicht mehr gewachsen sind und die Gefahr größer wird, dass bei einem erhöhten Arbeitsaufkommen, bei gleich bleibendem Personalstand keine Zeit mehr dafür bleibt, die Menschen mit ihren Problemen wahrzunehmen. Es muss darüber nachgedacht werden, mehr Arbeitskräfte in diesem Bereich aufzunehmen. Bereits jetzt halte ich es jedoch für notwendig, den Bediensteten im Bedarfsfall Supervision zu ermöglichen. Zusätzlich zu den unmittelbaren Aufgaben, die die Stadt im Sozialbereich zu erfüllen hat, ist eine ihrer Aufgaben auch die, Leistungen, die sie nicht selbst erbringen kann, an Organisationen und Vereine zu übertragen und mittels Subventionen zu gewährleisten, dass das Angebot im Interesse der Menschen in unserer Stadt erweitert werden kann (*Applaus KPÖ*).

Hervorheben möchte ich die Vielzahl von Sozial-, Frauenorganisationen und Initiativen, die das Leben in der Stadt entscheidend mitprägen und durch ihre Arbeit zu einer Verbesserung der Lebensqualität der Menschen beitragen. Dazu gehören zahlreiche Beratungs- und Anlaufstellen für Hilfesuchende, Selbsthilfegruppen und auch Einrichtungen, die zum Beispiel im Bildungs- und Freizeitbereich Angebote setzen. Da die konkrete Arbeit abhängig von öffentlichen Mitteln und insbesondere auch von Förderung durch die Stadt ist, wirkt sich zum Beispiel, oder würde sich zum Beispiel die vor kurzem angekündigte 15-%-Sperrung auf Subventionen der Stadtregierung sehr negativ auswirken. Denn die unsichere Finanzlage, ob Gelder bewilligt, gekürzt oder gestrichen werden und die zermürende Prozedur von immer wieder neu zu stellenden Anträgen führt dazu, dass insbesondere kleinere Initiativen darin gefährdet sind, ihren Personalstand und damit auch ihr Basisangebot aufrecht erhalten zu können. Aber auch größere Vereine haben mit finanziellen Engpässen zu kämpfen und sind in ihrer Existenz gefährdet. Das zeigt sich zum Beispiel beim Sozialverein „die Brücke“, der sich seit 25 Jahren in seiner Arbeit zum Ziel gesetzt hat, Barrieren zwischen behinderten und nicht behinderten Menschen abzubauen und die Kommunikation untereinander zu fördern. Jetzt haben zum Beispiel erforderliche Umbauten oder erhöhte Kosten für die Gebietskrankenkasse zu einem

Minus von 60.000 Euro geführt. Um eine Schließung abwenden zu können, ist dringend eine Unterstützung erforderlich.

Mehr finanzielle Mitteln benötigt auch die Schuldnerberatungsstelle, aber vor allem aus dem Grund, da der Anteil der Menschen steigt, die an und unter der Armutsgrenze leben und dadurch Gefahr laufen, sich zu verschulden und die deshalb dringend professionelle Hilfe brauchen (*Applaus KPÖ*). Die Stadt kann natürlich nicht allein für den Fortbestand der einzelnen Organisationen und Vereine sorgen, aber wobei auch ihr die Rolle einer verlässlichen Partnerin zukommen muss, ist, dass eine längerfristige, finanzielle Absicherung bei allen Initiativen gegeben sein muss. Die Stadt ist Koordinatorin für die einzelnen Vereine und Institutionen und gemeinsam mit diesen AkteurlInnen verantwortlich für die öffentliche Daseinsvorsorge. Sie muss sich aus Sicht der KPÖ an einer sozial nachhaltigen Entwicklung orientieren. Die Leistungen, deren Finanzierung es sicherzustellen gilt, sind unverzichtbares Instrument, um die Grundrechte der Menschen in unserer Stadt zu gewährleisten. Deshalb müssen sie und ihre Bedürfnisse im Mittelpunkt unseres kommunalen Handelns stehen. Danke (*Applaus KPÖ*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 15.15 Uhr den Vorsitz.

FPÖ

Gemeinderätin Ingrid BENEDIK

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren der Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste! Eine Milliarde Euro städtische Schulden, Bürger, die teils - ob der hohen Lebenshaltungskosten - immer öfter in die Armutsfalle tappen, horrenden Energiepreise, steigende Kanal-, Müll- und Parkgebühren, Erhöhung der GVB-Fahrpreise, Wohnungen, die für viele Bürger dieser Stadt nicht mehr leistbar sind, dies sind, das sind nur einige wenige Beispiele, die den Bürger dieser Stadt seit langem ärgern und politikverdrossen machen.

Wie steuert nun die schwarz-grüne Koalition dagegen? Ich kann es Ihnen sagen – nämlich gar nicht! Wie sonst kann es sein, dass seit etwa zehn, zwölf Jahren so gut wie keine neuen Wohnbauprojekte in Angriff genommen wurden, um neue Wohnungen für sozial schwächere Familien oder AlleinerzieherInnen zu bauen? Das, was tatsächlich umgesetzt wurde, ist angesichts des gestiegenen Bedarfs leider nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Zudem warten die Wohnungssuchenden bisweilen jahrelang auf die Zuweisung einer Gemeindewohnung.

An dieser Stelle möchte ich an den Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahre 1996, und dieser wurde von allen Parteien unterzeichnet, an das Sachprogramm „Wohnen“, erinnern. Demnach wurde im Rahmen der landesgesetzlichen Vorgabe des Raumordnungsgesetzes ein Bedarf bis zum Jahre 2006 an 15.800 Neubauwohnungen erhoben. Alleine daraus hätten bis zum Jahr 2000 laut diesem Gemeinderatsbeschluss 800 kostengünstige Wohnungen geschaffen werden sollen. Herr Stadtrat Rüschi hat vollmundig angekündigt, 500 neue Sozialwohnungen für Graz zu schaffen. Das war aus heutiger Sicht ein bloßes Politikergeschwätz, hohle Phrasen, die nur dazu da waren, dieses Sommerloch zu stopfen. Diese Vorgehensweise ist typisch für diese schwarz-grüne Sprechblasenkoalition, die

offenbar ganz nach dem Motto arbeitet: „Ist der Ruf nun mal ruiniert, arbeitet es sich ganz ungeniert.“

Ich weise darauf hin, dass im Wohnungsamt auch der Posten des Wohnbaureferenten eingespart werden soll. Geschehen ist geradezu nichts und natürlich brennt derzeit der schwarz-grüne Hut, weil angesichts der schweren Weltwirtschafts- und Finanzkrise immer mehr Menschen auch in unserer Stadt der finanziellen Hilfe bedürfen. Immer mehr Menschen warten dringend auf Gemeindewohnungen, Leute, die persönlich oder wirtschaftlich nicht in der Lage sind, sich am freien Markt mit einer Wohnung zu versorgen, denn die Befriedigung der primären Wohnbedürfnisse sollte demnach eine Aufgabe des sozialen Wohnbaus sein (*Applaus FPÖ*).

Für sinnlose Prestigeobjekte der Regierungsparteien war in den vergangenen Jahren immer Geld vorhanden, nur eines wurde nicht - vorgesorgt. So sind auch heute keine Gemeindewohnungen für Menschen, die diese dringend benötigen, vorhanden.

Eine Altforderung der Freiheitlichen war es immer, die Gründe der Hummelbeziehungsweise der Schönaukaserne vom Bund zu erwerben und sich mit einem Wohnbauträger, der dieses Areal erwirbt, zusammenzutun und darauf Eigentumswohnungen, Mietkaufwohnungen und Wohnungen für die Stadt Graz zu erbauen. Eben "leistbares Wohnen" für sozial schwache Familien.

Aber angesichts der Sachlage, dass unsere schwarz-grüne Koalition für unsere heimischen Bürger ohnehin nichts übrig hat, ärgert es die Grazer Bevölkerung, dass für fragwürdige Integrations-Projekte gewaltige Summen Steuergeld fließt. Dafür werden Sie schon bei der nächsten Gemeinderatswahl die Rechnung präsentiert bekommen (*Applaus FPÖ*). Wie Klubobmann Armin Sippel in seiner Rede bereits ausgeführt hat, werden unnötige Prestigeprojekte für Ausländer von unserer Vizebürgermeisterin Lisa Rücker, leider ist sie nicht da, gefordert, unterstützt und gefördert. Der Bürgermeister, ist ebenfalls nicht da, stellt sich - um den Gutmenschen zu gefallen - beifallheischend noch mit einem „Welcomehaus“ ein, aber auf unsere Bürger wird schlicht und einfach vergessen. Manchmal scheint es mir, dass die ÖVP und die Grünen längst taub, blind und stumm für die Probleme der heimischen

Grazer Bevölkerung geworden sind. Kein Wunder, dass der Unmut bei den Grazern immer lauter wird.

Die Gerüchteküche brodelt, dass im Süden Österreichs ein Asylantenheim, ein Traiskirchen II, errichtet wird. Wir Freiheitlichen werden uns jedenfalls vehement dafür einsetzen, dass in keiner Kaserne in Graz ein Asylantenheim errichtet wird, sondern diese Areale für Sozialwohnungen genutzt werden (*Applaus FPÖ*).

Die grüne Vizebürgermeisterin lehrt die Grazer auch in anderen Politik-Bereichen das Fürchten. Zum Beispiel erklärte sie im Zuge ihrer wirtschaftsfeindlichen Verkehrspolitik, sie werde es den Autofahrern schwer machen.

Wissen Sie, was Sie damit anrichten? Graz braucht mehr Steueraufkommen, muss wirtschaftsfreundlich agieren und nicht alten grünen Utopien zum Schaden der Stadt nachlaufen.

Die Autofahrer in Graz werden in eine „Feinstaubdoppelmühle“ gejagt. Die vermehrten Rotphasen bei den Ampeln und die verfehlte Staupolitik sorgen für längere Stehzeiten der Autofahrer und erhöhen natürlich die Feinstaubemissionen. Was folgt, sind dann feinstaubbedingte Fahrverbote. Das, meine Damen und Herren, ist gelebte - und von Ihnen mitverursachte - grüne Verkehrspolitik. Dies ist aber auch eine menschenverachtende und unsoziale Diskriminierung von Mitbürgern, die ihr Auto täglich benötigen, um in ihre Arbeit zu kommen und die mit den Früchten ihrer Arbeit, nämlich den Steuergeldern, unseren Staat erhalten.

Mobilität bedeutet Lebensqualität. Solange die Verkehrsinfrastruktur nicht genügend ausgebaut ist, sollte man aber nicht davon sprechen, Autofahrer einfach aus dem Stadtgebiet zu verdrängen (*Applaus FPÖ*), das wäre wohl eher ein Anschlag auf den heimischen Wirtschaftsstandort als ein durchdachtes Konzept. Dass hier die ÖVP mitspielt, ist für uns unglaublich, zeigt aber, dass die ÖVP in Graz längst als Wirtschaftspartei abgedankt hat.

Angestrebt werden muss eine stadtverträgliche Mobilität, die allen eine sichere, umweltschonende und damit nachhaltige Nutzung der Verkehrssysteme ermöglicht. Nach freiheitlicher Auffassung sorgt eine vorausschauende und nachhaltige Stadtentwicklungsplanung langfristig für eine Stadt der kurzen Wege. Eine Entwicklung, die von uns Freiheitlichen aktiv begonnen wurde, leider in den letzten

Jahren aber keine Fortführung mehr in der Grazer Stadtpolitik gefunden hat. Es mutet wie ein Schildbürgerstreich an, dass sündteure Straßenbahnen angeschafft wurden, die aber teilweise für unsere Schienen zu breit sind, man daher hohe Adaptionskosten in Kauf nehmen muss, um überhaupt auf Schiene zu können.

Ein weiteres Thema erscheint mir besonders wichtig, und dies ist ein generationsübergreifendes Problem.

Seit April dieses Jahres besteht in der Stadt Graz nur mehr ein Notbetrieb bezüglich der Pflegeheimkontrollen, der Kontrollen für private Pflegeplätze und der Kontrollen der Hauskrankenpflege.

Bürgermeister Nagl, als Personalreferent, hat es bis dato verabsäumt, für schutzbedürftige, ältere Menschen in unserer Stadt, die der öffentlichen Hilfe bedürfen, entsprechendes Personal einzustellen beziehungsweise dasselbe adäquat zu bezahlen.

Wie sonst könnte es sein, dass seit Juli dieses Jahres auf Beschwerden aus dem Bereich der Hauskrankenpflege überhaupt nicht mehr reagiert werden kann, weil eben kein Pflegefachpersonal mehr vorhanden ist? Und das, obwohl die Stadt einen gesetzlichen Kontrollauftrag hat. Demnach sind unserem Bürgermeister und der Vizebürgermeisterin betreuungsbedürftige Menschen wohl weniger wert als Migranten (*Applaus FPÖ*). Hier wird aber jene Generation im Stich gelassen, die unser Land, unsere Stadt aufgebaut hat und die sich darauf verlassen können muss, dass dies heute noch Wert besitzt.

Dafür wird auch bei den Alters- und Ehejubilaren der Sparstift angesetzt! Wie tief sind Sie gesunken, dass die Ehrungen für die alten Grazerinnen und Grazer, die ihrer Stadt die Treue gehalten haben, schon Gegenstand einer völlig orientierungslosen Sparpolitik geworden sind. Für 90-jährige ist in Zukunft die übliche Übergabe des Golddukats zu teuer. Aus finanzieller Sicht ist diese Einsparung nicht einmal ein Tröpfel auf dem heißen Stein, während anderenorts das Geld mit beiden Händen zum Fenster hinausgeworfen wird.

Zusammenfassend kann angesichts dieser Budgetdebatte gesagt werden:

Für unnötige Prestigeprojekte unseres Bürgermeisterduos stehen vor allem im Migrationsbereich die Gelder ausreichend zur Verfügung. Die Anschaffung von Büchern in diversen Sprachen für unsere Stadtbibliotheken, Dolmetscher zum

Erlernen unserer Sprache, die eigens Hausbesuche bei MigrantInnen vornehmen, Welcomehaus etc. sind keine Projekte, die als wichtig und vordringlich angesehen werden können (*Applaus FPÖ*). Es sind schwarz/grüne Beispiele, die zeigen, wie das Geld mit beiden Händen zum Fenster hinausgeworfen wird, während unsere heimische Bevölkerung immer öfter in die Armutsfalle tappt und sich lebensnotwendige Anschaffungen, wie Wohnungen, nicht mehr leisten kann. Aber, wie schon gesagt, auf unsere heimische Bevölkerung wird schlicht und einfach vergessen und Anträge von uns Freiheitlichen werden permanent abgelehnt. Dafür lehnen wir Freiheitliche das vorgelegte Budget entschieden ab (*Applaus FPÖ*).

BZÖ

Gemeinderat Georg Schröck

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Gemeinderat Frölich. Ich muss Ihnen sagen, Herr Gemeinderat Frölich, sind Sie wieder so fleißig, dass Sie mir nicht zuhören können? Gemeinderat Frölich, ich muss Ihnen schon sagen, es ist schon etwas merkwürdig, dass gerade der laut „Grazer“ faulste Gemeinderat von 2007 sich hier aufschwingt, Kollegen, die halt ein bisschen mehr arbeiten als Sie, auf diese Art und Weise anzupatzen und zu beleidigen (*Applaus FPÖ und BZÖ*). Mir ist auch klar, dass Sie es befremdlich finden, wenn das BZÖ die Bedürfnisse der Grazerinnen und Grazer ernst nimmt und die auch hier in Form von Anträgen in diesem Haus einbringt.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Das habe ich jetzt nicht verstanden.

GR. **Schröck**: Dann müssen Sie halt besser zuhören, Sie haben eh nichts zu tun, wenigstens zuhören ein bisschen (*Applaus FPÖ und BZÖ*), und das auch noch in Form von Anträgen hier einbringt, dass Sie das befremdlich finden, ist in Ordnung.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Waren Sie schon einmal in einem Ausschuss, Herr Kollege, haben Sie schon einmal in einem Ausschuss gearbeitet.

GR. **Schröck**: Und das dann auch noch so zynisch hier als Antragsaktionismus zu bezeichnen, zeigt einmal mehr, wie überheblich Sie Ihr Mandat hier wahrnehmen. Aber wissen Sie, das einzig Positive ist, dass nach dieser einen Wortmeldung von Ihnen, dass man eh ein Jahr lang von Ihnen nichts mehr hört, weil Sie eh wieder untertauchen (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

Aber nach dem Gemeinderat Frölich jetzt zu einem anderen Ärgernis, nämlich zum Budget. Für den letzten Redner, der heute zu diesem Budget Stellung nimmt, bleibt nicht mehr viel übrig, weshalb ich mich auch nicht in der x-fachen Wiederholung des ohnehin Klaren hier ergehen werde, aber angesichts der Zahlen, die uns da heute präsentiert wurden und angesichts der Worte meiner Vorredner erlaube ich mir hier ein kurzes Resümee.

Wir haben also das Budget aus der Sicht der verantwortlichen Politiker erläutert bekommen und wir durften in der Folge auch dem parteipolitischen Geplänkel und dem darauffolgenden politischen Spiel des Kleingeldwechsels lauschen und wissen nun, finanziell stehen wir am Abgrund. Und genauso am Abgrund befinden wir uns finanziell, aber es ist viel wahrscheinlicher, dass wir uns bereits in der beschleunigten Flugphase befinden, meine Damen und Herren.

Es ist kein Dokortitel der Wirtschaftswissenschaften notwendig, um die Zeichen der Zeit, um das vorliegende Budget hier richtig zu interpretieren. Und mir ist klar, dass seitens der verantwortlichen Politiker ein gewisses Tarnen und Täuschen vorgenommen werden muss, um die katastrophale Situation noch einigermaßen erträglich darstellen zu können. Aber Sie verstehen es sicher, dass ich als Angehöriger jener Generation, die diese Suppe, die Sie uns in der jüngsten Vergangenheit eingebrockt haben, auszulöffeln hat, für Ihre Beschönigungen recht wenig Verständnis aufbringen kann.

Fakt ist nämlich, dass der angehäuften Schuldenberg und die heute präsentierten Maßnahmen zu seiner Beseitigung in einem krassen Missverhältnis zueinander stehen. Aber alles, was Sie tun ist, Sie tun so, als wären Sie gerade einem Freund ein paar Euro schuldig geblieben und ignorieren mit einer bewundernswerten Hartnäckigkeit die Realitäten. Und ich sage Ihnen, ich bewundere Sie schon fast für diese entspannte Intoleranz und Inkompetenz, mit der Sie hier zu Werke gehen und möchte Ihnen doch noch einmal in Erinnerung rufen, dass Sie hier zu Lasten der künftigen Generationen wirtschaften.

Sie versuchen am letzten Abdruck das Projekt Bad Eggenberg durchzubringen, ohne sich die Frage der Leistbarkeit auf realistische Weise zu stellen. Wer kommt nun wirklich für die entstehenden Mehrkosten auf? Woraus resultieren dieselben und werden sich die Herstellungskosten auch amortisieren? Zum Beispiel kritisiert auch der Stadtrechnungshof bei dem geplanten Projekt, vor allem im vorgesehenen Spa-Bereich, dass ein derartiges Unterfangen nur rentabel wäre bei einer täglichen Besucherzahl von umgerechnet 200 Menschen und bei Eintrittspreisen angesiedelt im oberen Preissegment.

Haben Sie diesbezüglich Erfahrungswerte von Städten vergleichbarer Dimensionen eingeholt? Können Sie uns hier für eine entsprechende Auslastung garantieren, bevor sie in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein weiteres Projekt auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger durchboxen wollen?

Gleichzeitig erhöhen Sie sämtliche städtischen Gebühren und teilen uns dann ganz jovial mit, dass man halt allerorts den Gürtel ein bisschen enger schnallen muss.

Das Leben in Graz wird immer mehr zum Luxus. Und da passt es dann vermutlich in Ihr Programm, dass sich die arbeitende Bevölkerung, während Sie in Form von erhöhten Gebühren den von Ihnen angehäuften Schuldenberg abzutragen hat, zu erhöhten Preisen auch noch den eigens geschaffene Spa-Bereich Eggenberg frequentieren muss, um auch noch in der Freizeit zu Ihrem Budgetkonsolidierungen beizutragen.

Es ist also nicht wirklich schwierig vorauszusehen, dass das sprichwörtliche Ende der Fahnenstange schon sehr bald erreicht sein dürfte. Man kann zwar noch ein paar Mal ein paar Grundstücke verkaufen, man kann die letzten Reserven einsetzen, da und dort noch etwas auslagern, aber das dicke Ende kommt mit Sicherheit.

Ich kann im vorliegenden Budget keine systematische Vorgehensweise, kein Konzept erkennen, das irgendwie darauf schließen lässt, wie der vorliegende Schuldenberg, wie diese erdrückende Schuldenlast langfristig bekämpft und abgebaut werden soll.

Es handelt sich in keinsten Weise um irgendein zukunftsweisendes strukturiertes System von notwendigen Einsparungen. Es ist ein orientierungsloses Herunterstreichen, zielgenau an den Bedürfnissen der Grazerinnen und Grazer vorbei. Und ich habe den Eindruck, dass hier nach dem Prinzip: ein bisschen hier,

ein bisschen dort, vorgegangen wird, ohne zuerst das Notwendige vom unnötigen Beiwerk zu trennen, und in vielen Ressortbereichen wird kräftig herumgestrichen. So nach dem Motto „bluten können eh die anderen.“ Was aber dabei vergessen wird, ist die Tatsache, dass nie die einzelnen Parteien oder die Referenten dafür bluten, sondern immer die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zur Ader gelassen werden. Und ich stelle Ihnen schon die Frage, ob bei diesen verantwortlichen Politikern, sich nicht irgendwann beim Einschlafen ein bisschen ein Schamgefühl einstellt. Und ich frage mich ehrlich, und ich tue das ohne politisches Kalkül, ob noch einer von Ihnen ernsthaft daran glaubt, dass die vorliegende Misere ohne Hilfe von außen zu lösen ist. Stadtrat Rüschi hat ja bereits eine zusätzliche Milliarde vom Bund gefordert, also wäre es längst an der Zeit, alle Parteien in allfällige Diskussionen um einen Ausweg einzubinden, aber ich befürchte, dass Ihnen dazu leider nicht nur die politische Größe fehlt. Sie wurschteln lieber hinter verschlossenen Türen weiter und präsentieren das zu Tage geförderte Elaborat als den sprichwörtlichen Stein der Weisen. Das ist aber maximal ein Steinderl und in Wahrheit ist es nur ein weiterer Pflasterstein auf dem Weg in den Abgrund, den Sie da asphaltieren. Und der Herr Bürgermeister hat längst immer wieder wiederholt, dass unsere Stadt im Wachsen begriffen sei. Dass wir bald neue Schulden benötigen werden, und ich frage mich ernsthaft, wie rechtfertigt er dann vor dieser Generation den unvorstellbaren Schuldenhaufen den Sie heute den Erwerbstätigen von morgen als Hypothek mit auf den Weg geben?

Und, Herr Stadtrat, Verantwortung bedeutet aus der heutigen Sicht, sich auch eingestehen zu können, versagt zu haben und auch Hilfe zu benötigen. Und versagt haben Sie, denn dieser Schuldenberg wurde Ihnen ja nicht irgendwie ungefragt per Postwurf zugesandt. Er ist der zahlenmäßig verifizierbare Exponent einer jahrelangen Miswirtschaft, an der vor allem die ÖVP maßgeblich beteiligt war. Ich stelle also eine Frage, deren ehrliche Beantwortung ich Ihrerseits zwar nicht wirklich erwarte, aber von der ich hoffe, dass Sie sie zumindest vor sich selbst ehrlich beantworten werden.

Glauben Sie nämlich wirklich, dass diese vorliegende finanzielle Situation der Stadt Graz aus eigener Kraft noch zu bewältigen ist?

Sollten Sie diese Frage nicht ohne einen Anflug von Zweifel beantworten können und bejahen können, dann sollten Sie daran denken, dass die heute präsentierten Budgetmaßnahmen nicht einmal ansatzweise ausreichen, um das tatsächliche Problem zu lösen, dass mit jedem Jahr, das verstreicht und mit jeder Budgetsitzung, in der wir uns weiter in den Sack lügen, der Schuldenberg weiter wächst. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus BZÖ*).